



BESCHLUSS DER SPD-FRAKTION IM SÄCHSISCHEN LANDTAG ZU DEN VERHANDLUNGEN FÜR DEN DOPPELHAUSHALT 2021/22

DRESDEN, 9. SEPTEMBER 2020

EIN WICHTIGER HAUSHALT IN BESONDERER ZEIT

Die COVID-19-Pandemie stellt unsere Gesellschaft vor Herausforderungen, wie wir sie seit langem nicht erlebt haben. Zahlreiche Menschen machen sich gerade Sorgen um ihre Existenz. Die Bewältigung der Krise ist eine Generationenaufgabe. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise vor einem Jahrzehnt hat die damalige schwarz-gelbe Landesregierung den Rotstift an den Staatshaushalt angesetzt und in fast allen Bereichen gekürzt. An Schulen, bei der Polizei, im öffentlichen Nahverkehr, in der Kultur und der sozialen Landschaft. Vieles davon konnten wir in den letzten Jahren reparieren. Manche Folgen spüren wir jedoch nach wie vor: Noch immer fehlen Lehrerinnen und Erzieher, noch immer sind damals versäumte Investitionen nachzuholen. Sachsen muss sich den Herausforderungen durch Corona stellen. Für die SPD steht fest: Die verheerenden Fehler von 2010 dürfen nicht wiederholt werden, dafür stehen wir ein.

HANDLUNGSFÄHIG DURCH DIE KRISE

Sozialdemokratische Politik sieht stets den Menschen im Mittelpunkt – erst recht in Krisen. Corona lehrt uns, wie unverzichtbar ein handlungsfähiger Staat ist, um Härten auszugleichen und Probleme abzuwenden. Genau deshalb hat der Landtag am 9. April 2020 die Schuldenbremse in der Verfassung gelöst. In der Krise darf der Staat nicht kürzen. Er muss der Motor sein, der den Aufschwung wieder antreibt. Dazu muss er seine Handlungsfähigkeit beweisen und mit neuen Schwerpunktsetzungen und klaren Prioritäten reagieren.

Mit dem Corona-Bewältigungsfonds können niedrigere Steuereinnahmen im Staatshaushalt in den Jahren 2020 und 2021 vollständig ausgeglichen werden. Das bedeutet konkret: Es gibt keinen Grund, im kommenden Doppelhaushalt gegenüber dem Haushalt des Jahres 2020 mit seinem Gesamtvolumen von 20,9 Mrd. Euro pauschale, apolitische Kürzungen vorzunehmen. Im Gegenteil: Ein solches Vorgehen würde die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit unseres Landes stark gefährden und kommt daher nicht in Frage. Der Haushaltsansatz 2020 ist und bleibt für uns der Ausgangspunkt aller Haushaltsdiskussionen.

WIR HABEN DIE KRISE GEMEISTERT UND DEN ÜBERGANG GESICHERT

Es sind gerade die beiden sozialdemokratisch geführten Ministerien, es sind unsere Sozialministerin Petra Köpping und unser Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Dulig, die den Freistaat Sachsen klug und besonnen durch die Krise führen. Durch umsichtiges Handeln wurde die Coronapandemie eingedämmt und das Gesundheitssystem gestärkt. Die Koalition hat in kürzester Zeit viele Millionen Euro in die Hand genommen, um unbürokratische Hilfe für Menschen in Not, für Unternehmen und Kulturschaffende zu leisten und die soziale Landschaft zu sichern. Diese Stabilität werden wir erhalten. Der Landtag plant, den Haushalt im April 2021 zu beschließen. Damit ist klar, dass das kommende Jahr mit einer vorläufigen Haushaltsführung beginnen wird. Deshalb hat der Koalitionsausschuss einen Schutzmechanismus für Vereine, Verbände und Ehrenamt beschlossen. So wird sichergestellt, dass die soziale und kulturelle Infrastruktur Sachsens auch in der vorläufigen Haushaltsführung funktioniert.

ZUKUNFTSFÄHIGKEIT, GEMEINWOHL UND SOZIALE SICHERHEIT

Pandemie, Klimawandel, steigende Ungleichheit: Angesichts dieser Herausforderungen ist es gerade beim vor uns liegenden Haushalt wichtig, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Die Ziele, die Sachsen jetzt verfolgen muss, sind für uns als SPD klar: Unser Land muss die Daseinsvorsorge stärken, das Gemeinwohl fördern und soziale Sicherheit für alle gewährleisten. Wir wollen nachhaltig in die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit und Innovationskraft Sachsens investieren und so Wohlstand und Beschäftigung dauerhaft sichern. Deshalb stehen wir auch in den Haushaltsverhandlungen besonders für die Bereiche Arbeit, Soziales und Bildung ein.